Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 86 (2008)
Heft: 3

Artikel: Drei Tage erschütterten die Schweiz : der Landesstreik vor 90 Jahren
Autor: Koller, Christian
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-342089

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Drei Tage erschütterten die Schweiz – der Landesstreik vor 90 Jahren

Christian Koller

Der Landesstreik war trotz seines relativ glimpflichen Verlaufs die bis heute grösste innenpolitische Erschütterung des schweizerischen Bundesstaates. Von vielen Bürgerlichen als revolutionärer Umsturzversuch betrachtet, war er nicht nur Höhepunkt einer seit Jahrzehnten ansteigenden Streiktätigkeit, sondern besonders auch das Ergebnis einer in vier Kriegsjahren zunehmenden Verschärfung der materiellen Situation breiter Bevölkerungskreise. Trotz des Streikabbruchs nach drei Tagen wirkte der Landesstreik in der schweizerischen Politik wie auch in der schweizerischen Gesellschaft generell noch lange nach. Grund genug, 90 Jahre danach eine Rückschau zu halten.

Das Mittel des Generalstreiks war 1918 nicht neu. Die britische Reformbewegung der Chartisten hatte es bereits in den 1840er Jahren angewandt, allerdings ohne unmittelbaren Erfolg. 1868 bezeichnet die Erste Internationale Generalstreiks als Mittel zur Verhinderung von Kriegen. Im Jahre 1893 fand der erste Generalstreik in Belgien statt, der die Einführung des allgemeinen Wahlrechts erzwang. Um die Jahrhundertwende gab es auch Generalstreiks in Schweden, den Niederlanden und Spanien. Zu einer Intensivierung der Massenstreikdebatten führten schliesslich die verschiedenen Generalstreiks in St. Petersburg und Moskau im Zuge der russischen Revolution von 1905. Grundsätzlich zeigten sich dabei drei Positionen: Während zahlreiche Sozialdemokraten den Massenstreik lediglich als ein Abwehrmittel betrachteten, sahen ihn reformerische Syndikalisten auch als ein Mittel zur Erzwingung von Rechten. Die Anarchisten schliesslich propagierten den Massenstreik als direkten Angriff auf den Klassenstaat und Beginn der sozialen Revolution.

Die Schweiz war zu dieser Zeit in Bezug auf die Streiktätigkeit im internationalen Vergleich kein Sonderfall; seit den späten 1860er Jahren hatten die Arbeitsniederlegungen auch hierzulande massiv zugenommen. In den 1870er Jahren zählte man 71 Streiks, in den 1880ern 137 und in den 1890ern 449. Im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts sprang die Zahl der Arbeitseinstellungen dann auf sage und schreibe 1418. Zwischen 1902 und 1912 gab es schliesslich auch zehn lokale Generalstreiks. Der erste ereignete sich – teilweise unter anarchistischem Einfluss – in Genf, im Jahre 1912 legte schliesslich auch die Zürcher Arbeiterschaft die Arbeit nieder. Wichtigster Befürworter des Generalstreiks war in der Schweiz der am linken Flügel der SP politisierende Robert Grimm. Er betrachtete den Massenstreik als Krönung des

Klassenkampfes und bezeichnete ihn in einem 1906 gehaltenen Vortrag als Möglichkeit, die Bourgeoisie zu stürzen und der Arbeiterklasse zur Macht zu verhelfen. Demgegenüber zeigten sich die Gewerkschaften zunächst sehr skeptisch.

Dass gegen Ende des Ersten Weltkrieges die Idee eines landesweiten Generalstreiks in der Schweizer Arbeiterbewegung zunehmend populärer wurde, war kein Zufall. Seit dem Kriegsausbruch hatten sich die Lebensbedingungen breiter Massen zunehmend verschlechtert. Hatte sich zu Beginn des Krieges die Sozialdemokratie – ohne dass sie allerdings in die Landesregierung eingebunden worden wäre – der Politik des «Burgfriedens» angeschlossen und waren die Konflikte eher entlang der Grenze der mit unterschiedlichen Kriegsparteien sympathisierenden Sprachgruppen verlaufen, so verschärfte sich die Kluft zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum in den folgenden Jahren mehr und mehr. Die zunehmende Inflation schuf Gewinner und Verlierer. Profiteure waren die Landwirtschaft, teilweise auch die Industrie, die nicht selten für beide kriegführenden Blöcke produzierte. Auf der Verliererseite standen die Lohnabhängigen, denen der Teuerungsausgleich erst spät und keineswegs vollständig gewährt wurde, und die Konsumenten, die unter der zunehmenden Lebensmittelknappheit und dem massiven Ansteigen der Mieten litten. Im letzten Kriegsjahr war mehr als ein Sechstel der Bevölkerung auf Notstandsunterstützungen angewiesen. Auch in der Armee war die Stimmung keineswegs die beste. Die Wehrmänner waren finanziell schlecht abgesichert und litten zudem unter dem preussischen Drill des deutschlandfreundlichen Generals Ulrich Wille. Gegen Kriegsende breitete sich schliesslich auch noch eine Grippeepidemie aus, die in der Schweiz etwa 22000 Tote forderte, weltweit sogar mehrere Millionen und wahrscheinlich mehr als der Krieg selber.

Die wachsende soziale Unrast führte in der zweiten Kriegshälfte zu einer Zunahme von Streiks. Hatte es 1916 35 Arbeitsniederlegungen mit 3330 Beteiligten gegeben, so waren es im folgenden Jahr bereits 140 Streiks, an denen sich 13459 Arbeiterinnen und Arbeiter beteiligten. Im Jahre 1918 streikten dann (ohne den Landestreik mitzuzählen) 24 382 Personen in 269 Fällen. Seit Sommer 1916 gab es auch Marktdemonstrationen verzweifelter Arbeiterinnen und in verschiedenen Städten, so in Zürich am 10. Juni 1918, fanden auch eigentliche Hungermärsche von Frauen statt, die die Behörden zum Handeln aufrütteln wollten. Einen Höhepunkt erreichte der soziale Protest 1917 mit den Zürcher Novemberunruhen. Am 15. November ereigneten sich im Anschluss an eine Versammlung zur Feier der eben erfolgten Oktoberrevolution in Russland Aktionen gegen zwei Munitionsfabriken am Stauffacherquai, die von einer etwa 1000-köpfigen Menschenmenge unter Führung des später legendären «Friedensapostels» Max Daetwyler vorübergehend zur Einstellung der Produktion gezwungen wurden. In den folgenden zwei Tagen ereigneten sich Strassenschlachten zwischen Demonstrierenden, Polizei und Militär, die vier Todesopfer forderten. Im März 1918 plünderten verzweifelte Männer und Frauen in Bellinzona die Milchzentrale und am 8. Juli gleichen Jahres wurde bei einem Hungerkrawall in Biel ein junger Mann von der Ordnungstruppe erschossen.

Zudem radikalisierten sich Teile der schweizerischen Sozialdemokratie. Im September 1915 und im April 1916 fanden unter der Leitung Robert Grimms in Zimmerwald und Kiental internationale Konferenzen von Linkssozialisten statt, die für eine möglichst rasche Beendigung des Krieges plädierten. Bereits im November 1915 stellte sich der Parteitag der SPS hinter die Ziele dieser so genannten «Zimmerwalder Bewegung». Der SP-Parteitag von 1917 brachte dann den Antimilitaristen einen entscheidenden Sieg. War im Herbst 1914 der sicherheitspolitische Vorkriegskurs, der zwar eine Verminderung der Militärausgaben verlangte und den Einsatz der Armee gegen Streikende unterbinden wollte, grundsätzlich die militärische Landesverteidigung aber anerkannte, noch bekräftigt worden, so wurde im Juni 1917 mit 222 gegen 77 Stimmen ein vom linken Flügel um Grimm initiierter Antrag gutgeheissen, der die «Verschärfung des grundsätzlichen Kampfes gegen den Militarismus und die ihm Vorspanndienste leistenden nationalistischen und chauvinistischen Bestrebungen» und die «Bekämpfung der militärischen Institutionen und Ablehnung aller militärischen Pflichten des bürgerlichen Klassenstaates durch die Partei» postulierte und die sozialdemokratischen Bundesparlamentarier verpflichtete, «unter grundsätzlicher Motivierung alle Militärforderungen und -kredite abzulehnen». Dieser Kurs war nicht unumstritten, neun SP-Nationalräte distanzieren sich öffentlich davon.

Im Februar 1918 wurde als Bindeglied zwischen der Partei und den Gewerkschaften das Oltener Aktionskomitee gegründet, dessen Präsidium Robert Grimm übernahm. Primäres Ziel des Aktionskomitees war zunächst die Bekämpfung einer vom Bundesrat geplanten Zivildienstpflicht für alle 14- bis 60-jährigen, bald traten indessen andere Themen in den Vordergrund. Im März verabschiedete das Komitee ein Grundsatzpapier über die Kampfmittel. Als der Bundesrat im folgenden Monat den Milchpreis erhöhte, drohte das Komitee zunächst mit dem Generalstreik und rief dann im Juni zu Teuerungsdemonstrationen auf. Erneut wurde im Juli wegen des Bundesbeschlusses über die Unterstellung des Vereins-, Versammlungs- und Demonstrationsrechts unter die Kontrolle der Kantone mit dem Generalstreik gedroht. Daraufhin bildete der Bundesrat am 9. August eine «Landesstreik-Kommission» als internes Anti-Streik-Organ.

Im Herbst 1918, als sich das nahende Ende des Krieges zunehmend abzeichnete, spitzte sich die Situation mehr und mehr zu. Am 30. September trat das Zürcher Bankpersonal für Lohnerhöhungen in den Ausstand. Nachdem sich die Arbeiterschaft mit dieser Forderung solidarisiert und einen lokalen Generalstreik organisiert hatte, endete dieser Arbeitskampf mit einem vollen Erfolg. Am 13. Oktober wurde in einer eidgenössischen Volksabstimmung die vom Bundesrat zur Ablehnung empfohlene Proporzinitiative mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen. Damit zeichnete sich das Ende der seit der Gründung des Bundesstaates bestehenden freisinnigen Hegemonie ab. Noch im Herbst 1917 hatte der Freisinn in den letzten Majorzwahlen mit einem Wähleranteil von etwa 40 Prozent die absolute Mehrheit gewonnen, während die Sozialdemokraten zwar über 30 Prozent der Stimmen errangen, jedoch nur etwa 10 Prozent der Mandate zugeteilt erhielten.

Am 29. Oktober rief die SP zu Kundgebungen anlässlich der Jahresfeier der Russischen Revolution auf, worauf General Wille beim Bundesrat unter Verweis auf angebliche linke Putschpläne ein Truppenaufgebot für Zürich beantragte, damit jedoch zunächst abblitzte. Am 5. November ersuchte indessen auch der Zürcher Regierungsrat um Truppenschutz und der Bundesrat ordnete eine militärische Besetzung Zürichs unter dem Kommando Emil Sondereggers an. Sonderegger, später Generalstabschef der Schweizer Armee, dann Waffenhändler im Auftrag der SIG und Anfang der 30er Jahre schliesslich führendes Mitglied mehrerer frontistischer Organisationen, verbot die Zürcher Revolutionsfeier, worauf das Oltener Aktionskomitee für den 9. November in 19 Städten einen 24-stündigen Proteststreik organisierte. In Zürich beschloss die Arbeiterunion entgegen den Weisungen des Aktionskomitees einen unbefristeten Generalstreik.

Am 10. November fand auf dem Zürcher Münsterhof trotz des Verbots eine Revolutionsfeier statt, an der sich etwa 7000 Personen beteiligten. Die zur Verhinderung dieses Anlasses aufgebotenen Truppen trugen erstmals kriegsmässig Stahlhelme. Bei Zusammenstössen, deren Auslöser umstritten blieb, gab es einen Toten und mehrere Verletzte. In der Folge sprachen Vertreter des Aktionskomitees beim Bundesrat vor und verlangten den Rückzug der Truppen. Daraufhin wurden die Beziehungen zwischen den beiden Gremien abgebrochen. Am folgenden Tag liess Sonderegger an seine Truppen Handgranaten verteilen und gab den Befehl zum Schusswaffengebrauch gegen widerspenstige Zivilisten. Eine ausserordentliche Session der Bundesversammlung trat zusammen, der Bundesrat erliess ein neues Truppenaufgebot und unterstellte das Bundespersonal der Militärgesetzgebung. Das Oltener Aktionskomitee proklamierte daraufhin den Landesgeneralstreik.

Der 11. November 1918 war nicht nur in der Schweiz ein dramatischer Tag. In zwei Nachbarstaaten spielten sich zeitgleich noch weit revolutionärere Ereignisse ab. In Deutschland hatten am 29. Oktober, nachdem die Niederlage der Mittelmächte bereits klar war, Matrosen der Hochseeflotte in Kiel und Wilhelmshaven den Gehorsam verweigert, um ihr Leben nicht bei einem sinnlosen letzten Gefecht gegen britische Verbände zur Ehrenrettung des kaiserlichen Marineoffizierskorps aufs Spiel setzen zu müssen. Bis zum 10. November bildeten sich praktisch in allen grösseren Städten revolutionäre Arbeiter- und Soldatenräte, welche die städtischen Verwaltungen übernahmen. Am Morgen des 9. Novembers erreichte die Revolution auch die Reichshauptstadt. Reichskanzler Prinz Max von Baden erklärte eigenmächtig den Rücktritt des Kaisers und übergab die Regierungsgeschäfte dem SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert. Dieser wollte die Revolution in geordnete Bahnen lenken und die Frage der Staatsform einer demokratisch gewählten Konstituante überlassen. Um 14 Uhr rief aber Philipp Scheidemann, ein anderer führender Exponent der SPD, vom Balkon des Reichstags aus die Republik aus und zwei Stunden später proklamierte der Spartakist Karl Liebknecht die «freie sozialistische Republik». Am folgenden Tag verliess Wilhelm II. das Land und als neue Regierung konstituierte sich der sozialdemokratische «Rat der Volksbeauftragten». Am 11. November wurde in Compiègne der Waffenstillstand mit den Westmächten unterzeichnet.

Parallel dazu löste sich auch die Donaumonarchie auf. Noch am 17. Oktober hatte Kaiser Karl I. in der Hoffnung, seinen Thron zu retten, in einem «Völkermanifest» für die Zukunft einen föderativen Staatsaufbau versprochen. Vier Tage darauf kam es aber in Wien zur Revolution und zur Eröffnung einer deutsch-österreichischen Nationalversammlung. Eine Woche später wurde die Unabhängigkeit der Tschechoslowakischen Republik proklamiert und am 1. November bildete sich auch eine selbständige ungarische Regierung. In Zagreb kam ein südslawischer Kongress zusammen und wenige Wochen darauf wurde das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, das zukünftige Jugoslawien, gegründet. Am 11. November verzichtete Kaiser Karl auf jeden Anspruch an der Regierung; das alte Österreich hatte zu existieren aufgehört.

Demgegenüber erschien der Forderungskatalog, den das Oltener Aktionskomitee nun für die Schweiz präsentierte, wenig revolutionär. Er beinhaltete die sofortige Neuwahl des Nationalrates auf der Grundlage des Proporzes, die Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechtes, der allgemeinen Arbeitspflicht und der 48-Stunden-Woche, die Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres, die Sicherung der Lebensmittelversorgung im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Produzenten, die Einrichtung von AHV und IV, Staatsmonopole für Import und Export und die Tilgung aller Staatsschulden durch die Besitzenden. Für diese Anliegen traten landesweit etwa eine Viertelmillion Männer und Frauen in den Ausstand.

Am 12. November wurden 95 000 Mann Ordnungstruppen aufgeboten, davon 20 000 für Zürich und 12 000 für Bern. Die Einheiten kamen ausnahmslos aus «zuverlässigen» ländlichen Gebieten und aus der Westschweiz. In vielen Ortschaften bildeten sich zudem Bürgerwehren. Die Truppen zeigten grosse Präsenz auf den Strassen, bewachten strategisch wichtige Gebäude und den Eisenbahnverkehr. Das Bundeshaus wurde militärisch besetzt. Auch unterstützten die Ordnungstruppen nicht nur die Post, sondern auch den Notbetrieb der bürgerlichen Zeitungen. An den meisten Orten verlief der Streik relativ ruhig, zu Unruhen kam es in der Regel nur nach Aufmärschen des Militärs. In Grenchen erschossen die Ordnungstruppen dagegen am 14. November drei Streikende, nachdem der Streik bereits abgebrochen worden war.

An der ausserordentlichen Session der Bundesversammlung stellte der freisinnige Bundespräsident Calonder am 12. November eine Regierungsbeteiligung der SP in Aussicht, lehnte aber Verhandlungen mit dem Oltener Aktionskomitee ab und wandte sich in seiner Rede scharf gegen den angeblichen «bolschewistischen Terror» und die «skrupellosen Hetzer». Am folgenden Tag erliess die Landesregierung an die Streikleitung ein Ultimatum. Daraufhin beschloss das Aktionskomitee gegen eine Minderheit um Robert Grimm den Streikabbruch für den 14. November. Der Nachrichtendienst der Armee hatte an der entscheidenden Sitzung einen Spitzel eingeschleust, der die Nachricht unter der Chiffre der «Käse würde billiger» sofort weiterleitete. Für den Fall einer Fortsetzung des Streiks wären

neue Truppenaufgebote und die Verhaftung der Streikführung geplant gewesen. Am Freitag, 15. November, wurde fast überall wieder gearbeitet. Nur in Zürich streikten die Holz- und Metallarbeiter bis zum Wochenende weiter. Am 16. November fand in Zürich in Anwesenheit von General Wille ein grosses Defilee der Ordnungstruppen statt.

Die Frage ausländischer Einflüsse auf den Landesstreik war schon zeitgenössisch umstritten. Diskutiert wurde insbesondere die Rolle der vom baltischen Revolutionär Jan A. Berzin geleiteten Sowjetmission, die sich als eine Art inoffizielle Botschaft der neuen russischen Regierung im Mai 1918 in Bern installiert hatte und von den Schweizer Behörden zunächst geduldet wurde. Am 8. November, also noch vor dem Beginn des Landesstreiks, beschloss der Bundesrat die Ausweisung der Mission und am 12. November wurden ihre Mitglieder in einer Nacht-und-Nebel-Aktion ausgeschafft. Entgegen der zeitgenössischen Verschwörungstheorien, die in der bürgerlichen Erinnerungskultur noch lange Zeit populär bleiben sollten, lässt sich eine direkte Beteiligung der Sowjetmission an der Streikvorbereitung indessen weder aus schweizerischen noch aus russischen Akten belegen. Ferner zirkulierten Anfang November in Bern auch Gerüchte über Interventionsabsichten der Westmächte für den Fall revolutionärer Unruhen in der Schweiz. Auch hier geben die Quellen aber keine Hinweise auf konkrete Planungen.

Nach dem Streikabbruch leitete die Militärjustiz gegen 3504 Personen, vor allem Eisenbahner, Strafverfahren ein, die zu 127 Verurteilungen führten. Im März 1919 fand dann der Landesstreikprozess gegen 21 Mitglieder der Streikleitung statt. Gegenstand des Prozesses war nicht der Streik an sich, sondern die Streikproklamation, die als Aufforderung zur Meuterei interpretiert werden konnte. Das Divisionsgericht III verurteilte die Angeklagten Grimm, Platten und Schneider zu je sechs Monaten und Ernst Nobs, von 1943 bis 1951 dann erster SP-Bundesrat, zu vier Wochen Gefängnis. Die restlichen Angeklagten wurden freigesprochen. Die Jahre unmittelbar nach dem Landesstreik brachten eine Spaltung der Linken, eine Radikalisierung der Rechten und eine generelle politisch-gesellschaftliche Polarisierung der Schweiz. Im Jahre 1921 spaltete sich der linke Flügel definitiv von der SP ab und konstituierte sich als Kommunistische Partei. Während die SP-Basis den Beitritt zur neu gegründeten Dritten Internationale abgelehnt hatte, nachdem deren starke Abhängigkeit von Moskau deutlich geworden war, vollzog die neue KPS nun genau diesen Schritt. Nationalrat Fritz Platten, einer der Führer des Landesstreiks, wurde Sekretär der neuen Partei. Im Jahre 1923 emigrierte er gar in die Sowjetunion zur Gründung einer Landwirtschaftskommune. Er geriet in den 30er Jahren in den Strudel der stalinistischen Säuberungen endete durch Erschiessung in einem Arbeitslager. Die grosse Mehrheit der Mitglieder und Wähler hielt dagegen der SP die Treue, die in der Folgezeit in einigen Städten die Regierungsmehrheit übernahm und auch in verschiedene Kantonsregierungen einzog, jedoch entgegen der bürgerlichen Versprechungen während des Landesstreiks noch bis zum Zweiten Weltkrieg als wählerstärkste Partei keine Vertretung im Bundesrat zugestanden erhielt.

Auf der rechten Seite kam es zu einem noch engeren Zusammenschluss des «Bürgerblocks» und zu einer Radikalisierung. Die während des Landesstreiks entstandenen Bürgerwehren wurden, teilweise mit finanzieller Unterstützung von Grosskonzernen, ausgebaut. Mit dem «Schweizerischen Vaterländischen Verband» entstand 1919 eine rechtsbürgerliche Kampforganisation, die nicht nur – in Zusammenarbeit mit dem EMD – eine Streikabwehr in lebensnotwendigen Betrieben organisierte und einen Nachrichtendienst zur Bespitzelung linker Organisationen unterhielt, sondern auch darum bemüht war, bei Wahlen und Abstimmungen die bürgerlichen Kräfte gegen die Arbeiterbewegung zu koordinieren. Generell war die schweizerische Gesellschaft nach 1918 tief gespalten. Dies manifestierte sich etwa in der raschen Vermehrung eigenständiger Arbeiterkultur- und -freizeitorganisationen und der Konsolidierung des Arbeitermilieus als abgegrenzte Subkultur. Erst in der zweiten Hälfte der 30er Jahre kam es im Zeichen der «Geistigen Landesverteidigung» wieder zu einer wenigstens teilweisen Annäherung zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum.

Die Generalstreikforderungen blieben Ende 1918 im Raum stehen und erlebten in der Folge unterschiedliche Schicksale. Während einige bis heute nicht verwirklicht sind – etwa die Tilgung der Staatsschulden durch die Besitzenden – wurden andere relativ rasch realisiert. Die Neuwahl des Nationalrates nach dem Proporzwahlrecht erfolgte im Herbst 1919. Dabei konnte die SP ihre Mandatszahl beinahe verdoppeln, während der Freisinn seine absolute Mehrheit einbüsste. Die 48-Stunden-Woche wurde auf Anfang 1920 verwirklicht. Dies bedeutete teilweise massive Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohneinbusse. Die AHV wurde im Jahre 1925 in die Verfassung aufgenommen, bis zu ihrer tatsächlichen Einführung sollten aber noch mehr als zwei Jahrzehnte ins Land ziehen. Noch länger dauerte es bis zur Realisierung des Frauenwahlrechtes. Während etwa Deutschland und Österreich diesen Schritt unmittelbar nach den Umstürzen im November 1918 wagten, liess sich die Schweiz dazu noch bis ins Jahr 1971 Zeit.